

abends

Sächsische Volkszeitung

Bezugsbereich:
Ausgabe A mit illustriertem Unterhaltungsbeilage 2.50 M.
In Dresden und ganz Deutschland frei Post
frei 2.50 M. in Oberschlesien 2.50 M.
Ausgabe B bis 1919 2.50 M. In
Dresden und ganz Deutschland frei Post
frei 2.50 M. in Oberschlesien 2.50 M.
Bogen-Rummer 104.
Die Sächsische Volkszeitung erfreut an allen
Wochentagen aufmerksam.

Geschäftsstelle und Redaktion,
Dresden-L. 16, Holbeinstraße 46
Telefon 21366
Postleitzettel Leipzig Nr. 14797

Mitteilungen:
Annahme von Gesichts- und Stirnblättern bis 10 Uhr.
Von Familienangehörigen bis 11 Uhr. Sonst
Brieftauben bis 10 Uhr. Postkarte 25 Pf. im Brief-
markenwert 10 Pf. Familienangehörigen 20 Pf.
Für unbedeutlich gekürzte Beiträge, sowie auch Ber-
richterstatter aufgegebene Angaben können nur die
Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Zeuges
nicht übernehmen.
Sprechstunde der Redaktion
11-12 Uhr vorm.

Einige katholische Tageszeitung in Dresden.

Ausgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage und einer Wochenzeitung Petersbusch. Ausgabe B nur mit der Wochenbeilage.

Der falsche Weg.

Die „Dresdner Volkszeitung“ veröffentlichte in ihrer Nummer 60 vom 13. März 1919 einen Artikel: „Die Angst vor der Sozialisierung“, der demagogischen und schwächer dieses wichtige Thema nicht behandeln konnte. Hier bezeichnet man die große Besorgnis, die in den Reden der nichtsozialistischen Abgeordneten der Nationalversammlung zum Ausdruck kam, verächtlich mit dem Worte „Angst“. Es durfte für die Mehrheitssozialisten wirklich um Platz sein, endlich mit ihrer törichten Klassenverhetzung ein Ende zu machen. Das Organ bringt wörtlich folgenden Satz:

„Das Gejohr, das jetzt von den Leuten erhoben wird, die vor der Sozialisierung eine Höllenangst haben, braucht die deutschen Volksmassen um so weniger zu rütteln, als das Verhalten der deutschen Regierung und die Stellungnahme der mehrheitssozialdemokratischen Partei Gewähr dafür bietet, daß nicht durch unbefonnene und törichte Experimente unser Wirtschaftsleben zerschlagen wird.“

Ein Gesetz, das den Anfang einer vollständigen Umwälzung unseres Wirtschaftslebens bedeutet, wird heute in einigen Tagen in der Nationalversammlung mit größtmöglicher Schnelligkeit erledigt. Ist es da verwunderlich, daß Persönlichkeiten, denen auch die Herren Sozialdemokraten doch sicherlich weder überragende Läufigkeit noch eingehendste Fachkenntnis abzusprechen wagen werden, ihre ernstesten Besorgnisse ausdrücken. Wir sind vollständig am Ende unserer moralischen und wirtschaftlichen Kräfte und ausgerechnet in diesem Momenten wird mit dem Experiment der Sozialisierung begonnen, in dem begonnen werden, weil eine laut schreiende Masse, von struppeligen Revolutionsrittern ausgepeitscht, alles terrorisiert. Wir kommen um diese bedauerliche Tatsache nicht herum und wir können sie um so offener festnageln, da ja die Befürworter sich der Sozialisierungsbewegung von vornherein nicht ablehnend verhalten hat.

Das Verhalten der jetzigen Regierung und noch mehr die Mehrheitssozialdemokratie berechtigt durchaus nicht zu den hohen Erwartungen, die die „Dresdner Volkszeitung“ äußert. Was hat denn die Mehrheitssozialdemokratie oder vielmehr ihre Führer, die bis heute noch die gesamten leitenden Ministerposten im Deutschen Reich inne haben, so vorzügliches geleistet? Zuerst haben sie es mit bewunderungswürdiger politischer Staatsweisheit verstanden, sich jeder Autorität zu entkleiden. Wir wollen es ganz offen aussprechen, niemals hat es eine so machtlose Regierung in Deutschland gegeben wie heute, besonders hier in Sachsen. Die Machtmittel der sächsischen Regierung bestehen aus einigen hundert Mann, ihr Einfluss reicht nicht über den Stadtbezirk Dresden. War das notwendig? Mußte das sein? Nein.

Als die Feldarmee in die Heimat zurückkehrte, war sie immerhin in der großen Mehrzahl intakt und stellte sich geschlossen hinter die Regierung. Was taten unsere Staatsleiter? Anstatt die durch die Revolutionstage verwilderten und undisziplinierten Heimattruppen aus den Kasernen zu entfernen, onstzt die kaum dem Kindesalter entwachsenen Umstürzer zu Muttern zu schicken, wurden die disziplinierten Truppenteile mit beschleunigter Eile entlassen, je disziplinierter, desto schneller. Die Revolutionshelden wurden aber mit dem Schutz der fälschlichen Errungenheiten beauftragt. Sie haben das Schützen und Stützen der Regierung und der neuen Republik so glänzend besorgt, daß die Regierung alle Manövren vor ihren Beschützern hat und nun sich mit Mühe und Not ihrer zu entledigen trachten muß. Dabei hat es niemals an genügenden Warnungen gefehlt, die auf dieses Ende mit Schrecken hingewiesen haben. Dazu aber hat die Sozialdemokratie oder besser die Parteiangehörigen in ihrer übergroßen Mehrzahl ihre Führer vollkommen in Stich gelassen. Unser Wirtschaftsleben ist seit Wochen und wird wahrscheinlich noch länger durch große politische und wilde Lohnstreiks in seiner Lebensfähigkeit aufs gefährlichste bedroht. Berechtigt diese Haltung, die eine völlige politische Unerfahrenheit der sozialistischen Arbeiterschaft beweist, zu der Hoffnung, daß sie in der Demokratisierung des Wirtschaftslebens, die ihr Mitbestimmungsrecht in Betriebsräten usw. verleiht, sich einfältiger verhält. Liegt nicht nach all den Erhebungen des letzten halben Jahres die Befürchtung nahe, daß diese Arbeiter die Sozialisierung wie die Einrichtung der Betriebsräte nur als eine Maßnahme zur besseren Verfechtung ihrer eigenen Lohnansprüche betrachten werden. Aus sozialdemokratischem Lager erscholl die Warnung, daß die Revolution keine Lohnbewegung sei.

Die Arbeitermassen sind ihren Führern aus der Hand geglipten. Ja, zum großen Teile stehen sie ihren Führern, die sie am 8. November auf den Schild erhoben haben, in größter Feindschaft gegenüber. Und warum? Weil all die Versprechungen, all die losenden Zukunftsbilder, all die Phrasen, mit denen seit Jahrzehnten die Sozialdemokratie in struppelhafter Weise operiert hat, sich eben nicht verwirklichen lassen, besonders heute nicht. Die Unabhängigen sind die Konsequenter geblieben, die Bolschewiken haben die Marxistischen Ideen bis in die letzten logischen Folgerungen durchgeführt und damit hat der Niedergang der sozialistischen Bewegung schon eingesetzt, ehe er zur Blüte kam. Die „Dresdner Volkszeitung“ schlägt ihre Betrachtungen mit dem Satz:

„Es ist begreiflich, daß die Herren vom Großkapital, denen der Sozialismus ihre Herrschaft nehmen wird, eine Höllenangst vor dem Sozialismus haben, und deshalb müssen sich auch ihre journalistischen Schnappen und ihre politischen Sachwalter freud und quer legen, um dem deutschen Volk vor der Sozialisierung gruselig zu machen. Die Massen des deutschen Volkes brauchen sich dadurch nicht bangen machen lassen. Sie können durch die Sozialisierung nichts verlieren, sondern nur gewinnen.“

Wir sind mit ihr einig, daß die unselige Macht des Kapitalismus besiekt werden soll und muß. Aber ob das deutsche Volk bei der Sozialisierung nichts zu verlieren hat, wer kann das heute sagen. Es ist wieder eine von den demagogischen Phantasien, eine von den infernalischen Verpredigungen, mit denen man doch nun so schlechte Erfahrungen gemacht hat.

Was ist überhaupt Sozialisierung. Die Herren im sozialistischen Lager sind sich ja selbst nicht darüber einig. Sollingen kann das Werk, das mit der Annahme des Mantelschutes durch die Nationalversammlung begonnen worden ist, nur dann, wenn das ganze Volk die Tragweite der wirtschaftlichen Umwälzungen erfaßt und erkennt, daß nur die Verantwortung in das Wohlergehen aller auf jedem einzelnen lasten soll, daß die Interessen der Einzelperson nur innerhalb verwirkt werden sollen, als das Gemeininteresse es erlaubt; nur dann kann das deutsche Volk nichts dabei verlieren. Diese Erkenntnis läßt sich aber schwer mit der materialistischen Weltanschauung des Sozialismus vereinen. Mit demagogischer Klassenverhetzung erreicht die Sozialdemokratie aber nur das Gegenteil von dem, was sie erstrebt.

Auch wir sehen mit Besorgnis, daß die radikalen Strömungen der Mehrheitssozialdemokratie immer mehr das Wasser abgraben, daß sie überall langsam, aber sicher an Einfluß zu verlieren beginnt. Aber nicht dadurch, daß sie mit Verhetzung den Unabhängigen den Wind aus den Segeln nehmen wollen, werden sie die Mehrheitssozialisten halten können, sondern nur dann, wenn sie sich der Verantwortung voll bewußt werden, die sie heute für die Zukunft des deutschen Volkes tragen, und nicht vor den Gefahren, die uns drohen, die Augen verschließen.

D. v. W.

Nationalversammlung.

Der erste Abschnitt.

Von unserem parlamentarischen Vertreter.

Die deutsche verfassunggebende Nationalversammlung hat nunnein ihren ersten Tagungsabschnitt beendet. Ihre Zweckbestimmung: Die Verfassung zu geben, hat sie allerdings bis jetzt noch nicht zu erfüllen vermocht. Die fünftige Reichsverfassung bleibt noch in den Kommissionen zu bewältigen. Es erscheint im Augenblick im höchsten Grade fraglich, ob bis zur Öffnung die Reichsverfassung überhaupt verabschiedet werden kann.

Die Nationalversammlung hatte zunächst die Aufgabe, eine geordnete Regierung und eine von Volkswillen, wie er sich nun einmal in dem Parlamente kundgibt, getragene Reichsleitung zu schaffen. Das geschah, und in dem ehemaligen Vorstande der sozialdemokratischen Fraktionen, dem Abg. Ebert, erhielt das Reich eine neue Spire. Was an parlamentarischen Aufgaben inzwischen erledigt worden ist, hat lediglich den Bestreben gedient, in unsere durch den militärischen Zusammenbruch sehr wirke gewordenen Verhältnisse einigermaßen wieder Ruhe und Ordnung zu bringen. Nur die in den allerletzten Tagen des ersten Tagungsabschnittes der Nationalversammlung beruhenden und angenommenen Sozialisierungsgesetze sind als Einleitung sozialistischer Staats- und Gemeinwirtschaft anzusehen, wie sie den Revolutionären des 9. November vor Augen schwelten. Die Vahn der Sozialisierung ist durch das bezügliche

Nahmengesetz frei geworden. Das Kohlenbewirtschaftsgesetz ist das erste Gesetzgebungsverfahren, welches die Übersführung eines bestimmten Produktionszweiges in die Gemeinschaft vollzieht. Weitere Gesetze sollen andere Bodenschätze, vor allem Erze, aber auch alle sogenannten Energien, wie Gas, Wasser und elektrische Kräfte gemeinschaftlich erfassen. Man sieht daran, daß die Sozialisierung einen ganz erheblichen Schritt vorwärts getan hat. Es hat selbstverständlich nicht an der Geltendmachung ersterster Bedenken ge fehlt, die von den Vertretern der verschiedensten Parteien im Parlamente ausgesprochen wurden, aber das Prinzip der Sozialisierung hat im Grunde auf keiner Seite eine schroffe Abweisung erfahren.

Man hat der Nationalversammlung im Laufe vielfach den Vorwurf gemacht, daß sie sich zu sehr in Reden erkläre und darüber die Taten verzesse. Man wird aber, nach Lage der Dinge doch aussprechen müssen, daß es wohl zu seine anderen Zeit wichtiger und geboten erschien, sich über das zu wenden soll, jo gründlich als nur möglich auszu sprechen. Die Partei- und die parlamentarische Maschine sind eben mühsam in Gang zu bringen. So kommt es auch, daß außer sonst ausdrücklich organisierten Maßnahmen welche nichts anderes als Groß-Meinemachen bedeuten, bis jetzt noch keine, die grobe politische Linie unseres fünfzigjährigen Schaffens zeigende politische und parlamentarische Arbeit geleistet worden ist. Erst die Erledigung der Reichsverfassung wird all die Hemmnisse, die sich jetzt noch entgegenstellen, zu beseitigen geeignet sein. Was bisher geleistet wurde, war Vorbereitung. Die Hauptrolle bleibt uns noch zu tun über. Erst die kommenden Tagungsabschnitte der Nationalversammlung werden den Weg erkennen lassen, wofern unsere Reichsleitung zu gehen beabsichtigt.

Aus dem Preußensparlament.

Stimmungsbild aus der preußischen Landesversammlung von unserem parlamentarischen Vertreter.

Wie stimmungs- und trostlos sieht es aus! Weder Handlung hat dieser Saal seit dem 9. November gesehen. Hier tagten die ersten und anpruchsvollsten Revolutionäre und die wildesten Revolutionsparlamente oder solche Gebilde der Revolution, die sich dafür hielten.

Wie vieles hat sich verändert! Erst das Hochgefühl des Machtbewußtseins auf der Rechten, jetzt das gleiche, nur prorowitzer und mit Harter zur Schau getragenen Genugtuung erschließt Bewußtsein auf der linken Seite dieser Hauses. Nur Adolf Hoffmann und sein Kreis sind geblieben. Wie ein Löwe steht er in weißer Würde an der Rampe, stets zum Sprunge bereit. Seine Zwischenrufe sind nach altem Typ zugeschnitten. Sie wissen sich frei von jedem parlamentarischen Erziehungs- und Anstandsgefühl. Und erst die Regierungsbank! Auf Bismarcks, Bülow's und Bethmanns Sessel sitzt ein... Hirten! Man braucht sich nur wirklich nicht von dem Aussehen eines Menschen und seinen Sympathien zu ihm oder in seinen Antipathien gegen ihn leiten zu lassen. Aber der jetzige preußische Minister, ein Abgeordneter, schafft eine Figur für den Stift des Machtbewußtseins, macht es durch seine Erscheinung schwer, die Freiheit zu überwinden, die man ohnehin schon über den Bandel der Dinge empfinden muß. Er ist aber nicht die einzige solcher minder sympathischen Persönlichkeiten auf der Regierungsbank. Man bekommt einen Schrecken bei der Vorstellung, daß wir schließlich so regiert werden, wie die Dinge sich von außen anlassen!

Was sich bisher in der preußischen Landesversammlung ereignet hat, war nichts Weiterstühlerndes. Vieles wog nichts anderes, als eine häusliche Auseinandersetzung zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen. Schon die Eröffnungsrede Hirsch's war eine sozialdemokratische Parteirede. Der Antrag Hoffmanns auf Aufhebung des Belegerungszustandes und des Standartes in Berlin war ebenso nichts weiter, als ein an den Haaren herangezogener Vorwand, um „Stimmung“ zu machen und keine Ruhe aufzukommen zu lassen und um die Erregung immer von neuem zu schüren. „Im“ Preußensparlament hatte er dabei wenig Glück. Auch die Mehrheitssozialisten und gerade sie haben ein Interesse daran, diesen agitatorischen und demagogischen Gelüsten entgegen zu treten, denn es geht doch schließlich um „ihre“ Macht position und um die Köpfe ihrer Führer. Aber außer dem Hause, außer der preußischen Landesversammlung dürfen Adolf Hoffmann und die seines den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, wieder einmal nicht erfolglos gewesen zu sein. Man wird ja nächstens die Arztsche scheben.

Auch im Preußensparlament ist guter Wille vorhanden, wenn auch so gut wie gar keine hervorhebende begeisterte

Stimmung. Aber woher sollte diese auch kommen in dieser entfesselten Zeit. Die bürgerlichen Parteien haben von allen Anfang an erkennen lassen, daß sie zu tätiger Mitarbeit bereit sind. Und das ist gut so! Denn es handelt sich um das Wohl des „ganzen“ Volkes, nicht um das einer einzigen Volksklasse. Ob nun die preußische Landesversammlung arbeitsfähig wird, und ob ihre Arbeit dem Volkganzen zugute kommt, werden uns die nächsten Tage und Wochen zeigen müssen. Es wird alles darauf ankommen, ob die lebigen Machthaber „wirkliche“ Demokratie warten lassen und nicht, wie es leider den Anschein hat, eben durch ihren Machthabitus sich dazu verleiten lassen, ein einseitiges Regiment anzurichten. Ein solches würde ebenso zusammenbrechen wie alle früheren.

Ein beherzigenswerter Aufruf.

Berlin, 14. März. Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Sönnich richtet folgenden Aufruf an die akademische Jugend Preußens:

Noch einmal ruft das Vaterland seine waffenfähige junge Mannschaft. Noch einmal heißt es: Freiwillige vor! Heute wissen keine Siegeskönze, heute trägt Euch nicht der Aufschwung eines in erster Kriegsnot geentneten Volkes. Heute reicht eine Begeisterung Euch fort, noch zwingt das Gebot der allgemeinen Wehrpflicht. Die gereiste Jugend ergreift freiwillig die Waffen, weil sie den juristischen Ernst unserer Lage erkannt und weiß, was die Pflicht der Selbstverteidigung von ihr fordert. Die deutsche Wehrmacht liegt in Trümmern, die Flut des Bolschewismus droht unseres Grenzwalls im Osten zu durchbrechen, die Hydra der Anarchie und des Bürgerkrieges erhebt im Innern ihr Haupt. Rette Dein Vaterland, deutsche Jugend!

Der ganzen deutschen Jugend aller Stände gilt unser Ruf, auch auf diesem ersten Weg führend voranzugehen. Schulter an Schulter mit Euren Altersgenossen aus dem Arbeiterstande sollt Ihr jungen Akademiker der Regierung helfen, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Gewiß habt Ihr es besonders schwer, Euch von der lang entbehrten Arbeit loszureißen. Aber es muß sein. Zeigt, daß Ihr zu Führern berufen seid. Was in Menschenkräften steht und behördlicher Weise geleistet werden kann, Euch dies Opfer zu erleichtern, soll gelingen. Keine Kenntnisse und keine Erkenntnis können Euch nützen, wenn die Staatsordnung sich auflöst, in der Ihr Euch betätigen wollt. Blickt nicht auf die, die sich in der gemeinsamen Not befeißen drücken, blickt auf die, die vorangehen. Trete ein in die Freiwilligenverbände. Schützt das bedrohte Kulturerbe Eurer Väter, rettet Eure eigene Zukunft. Hilf, deutsche Jugend! Freiwilligenverbände sind in Sachsen die Grenzjägerabteilungen 1, 2 und 3. (Die Red.)

Deutsches Reich

Das Lebensmittelabkommen.

Berlin, 15. März. Die Abkommen über die Lebensmittelversorgung Deutschlands, deren Finanzierung und die zur Verfügungstellung der deutschen Handelsflotte sind heute in Brüssel unterzeichnet worden. Danach soll Deutschland, sobald die Schiffe bereit sind, in See zu gehen, und die Bezahlung geregelt ist, die ersten Lebensmittel in Höhe von 27 000 Tonnen sofort geliefert erhalten. Weiter hat es das Recht, monatlich bis 70 000 Tonnen Fett und 300 000 Tonnen Brotaufzehrte oder andere Nahrungsmittel zu kaufen, und zwar in den feindlichen und in neutralen Ländern. Dabei wird die Einfuhr von Fleisch aus europäischen Gewässern und von Gemüsen nicht in Anrechnung gebracht. Die Einschränkungen des Friedfanges in der Ostsee werden aufgehoben. Zahlung erfolgt für jede Lieferung im voraus. Rechts- und rechtsähnliche Gebiete werden gleich verorgt. Deutschland gestattet den Transport nach Tschecho-Slowakei und Österreich. Die Bezahlung darf nicht in Reichsmark erfolgen. Es kommen dafür in Betracht: Erlöse

Breslau in Gefahr!

Breslau, 15. März. Seit Tagen schweben schwirrende Gerüchte: Spartakus will putzen! Die Wasserversorgung bedroht? Sturm auf die Elektrogrätzianlagen? Nachts vereinzelter Knall, scharfer Schüsse. Alarmbereitschaft. Man traute nicht mehr. Als dann die strammen Mottkefüsilier, bis an die Zähne bewaffnet, unter fliegendem Spiel durch die Stadt zogen, atmete mancher, der Kommandes ahnte, erleichtert auf. Ein Raunen erhob sich. Geht's wirklich gegen die Tschechen? Oder gegen Verbrecheranschläge auf Breslau?

In der Nacht zum Mittwoch auf der Schreydner Straße. Biederlich gepunktete Masken ziehen lachend den Weges. Was schiert sie des Vaterlandes Elend? Tanz, tanzen, tanzen! Nach uns die Sintflut. In ihrem Arm sieht laute Herren. 17 Lenze, tadellose Bügelfalte. Vor dem Denkmal des alten Kaisers haben ein paar Matrosen Streit bekommen. Nette Gesichter, wie auf alten Stichen aus der französischen Revolution. Die Hände in den Taschen vergraben, die Mühen tief im Genick, so stehen diese „Bieren“ des Deutschtums da und lärmten, als wären sie auf einem Rötelkongress. In der Kommandantur merkwürdigweise alles hell. Ein Auto mit schwibenden Mannschaften rattert vorüber. Es liegt schwül in der Luft, wie vor einem Gewitter. Am Ring grüßt eine Zeitungstrau: „Der Soldaten“, „Freie Liebe“. Bitternd wirkt der Mond sein bleisches Gesicht über die mittelalterlich-innige Gotik des Rathauses. Ich gehe heim....

Am nächsten Morgen erfährt das erwachende Breslau von glücklich gebannter durchbarer Gefahr. Berüchtigte Spartakisten, denen der Boden in Berlin zu heiß geworden

von Ausfuhren, Grachten deutscher Schiffe, Verkauf ausländischer Wertpapiere und Gold als priorisatorische Sicherheit.

Da die Verbündeten nur für 270 000 Tonnen Lieferungsverpflichtung übernehmen, muß Deutschland damit rechnen, Lebensmittel von den Neutralen zu kaufen. Die verbündeten Regierungen legen Wert darauf, die Lebensmittelimporte möglichst durch Ausfuhren zu finanzieren. Gold und ausländische Wertpapiere sollen daher einstweilen nur im Betrage von 200 Millionen Dollar verwertet werden. Ferner wurde verlangt, daß die Einfuhren niemand zukommen dürfen, die durch eigenes Verdunstung arbeitslos ist.

Die deutsche Regierung erklärt sich bereit, ein Depot von 11 Millionen Pfund Sterling in Gold in Brüssel zu hinterlegen, damit mit der Lebensmittellieferung sofort begonnen wird. Es werden beiderseits Komitees gebildet. Mit der Beleidigung ausländischer Wertpapiere soll sofort begonnen werden. Durch die von den Verbündeten anerkannten Zahlungsmittel kann etwa die Hälfte der Lebensmittel gedeckt werden.

Der wesentlichste Unterschied dieser Vereinbarungen gegenüber den bisherigen Verhandlungen liegt darin, daß Deutschland keine Lieferung garantiert wird, sondern daß es die Erlaubnis erhält, Lebensmittel bis 37 000 Tonnen monatlich aus feindlichen oder neutralen Staaten einzuführen. Daher ist jetzt unsere wichtigste Aufgabe die möglichste Steigerung der Ausfuhr von Rohstoffen und industriellen Erzeugnissen.

Holl. R. B. meldet: Nachdem die Verhandlungen über die Nahrungrmittelversorgung abgeschlossen sind, werden nunmehr 30 000 Tonnen Schweinefleisch und 250 000 Stückchen fassonierte Milch, die in Rotterdam zur Verladung bereitliegen, wahrscheinlich schon in der nächsten Woche nach Deutschland abgeben können.

Die Ausfuhrverhandlungen.

Berlin, 15. März. Bei den gestrigen Verhandlungen in Rotterdam über die Lieferung von deutschem Holz an die Verbündeten stellte es sich heraus, daß die Gegner vor allen anderen Millionen Schwullen benötigen, ohne deren Lieferung es kein Interesse für die deutsherrschaft angebotenen Bohlen und Bretter haben, die bei der Ausfuhr aus Deutschland in erster Linie in Betracht kommen. Da die deutschen Sachverständigen ein Schwellenangebot ohne vorberige Prüfung der heimischen Verhältnisse in solchem Umfang nicht machen könnten, wurde vereinbart, dem Verbande eine brieffliche Offerte über Spa einzureichen.

Von der Handelsflotte.

Berlin, 15. März. Von den im Auftrage des Norddeutschen Lloyd auf deutschen Werften im Bau befindlichen Schiffen wurden drei neue Frachtdampfer, „Augsburg“, „Dessau“ und „Lippe“ fertiggestellt. Auf Eruchen der Schiffsbewirtschaftungskommission des Verbandes werden die Schiffe Mitte nächsten Woche nach Bremerhaven gebracht und wahrscheinlich sofort zur Herbeischaffung von Lebensmitteln fertiggemacht werden.

Die Ablieferung des Bahnmaterials.

Berlin, 15. März. Die Ablieferung der 300 Lokomotiven und 150 000 Eisenbahnwagen an den Verband, von denen Preisen allein 4000 Lokomotiven und 120 000 Wagen gestellt hat, ist beendet. Der Gesamtwert des Fahrzeugmaterials beträgt über drei Milliarden Mark.

Maßnahmen gegen Spartakus.

Berlin, 15. März. Nach den Abendblättern haben die Berliner Bahnhöfe gegenwärtig starke Besetzungen durch Regierungstruppen erhalten, um dem Waffenstillstand ein Ende zu machen. Es ist bekannt geworden, daß von Küststein aus auf Lastwagen, nahezu aber durch die Eisenbahn, größere Mengen Gewehre und Handgranaten nach Berlin befördert werden sollen. Bei Durchsuchungen von Reisenden auf Wagen wurden auf dem Schlesischen Bahnhof eine große Anzahl zweifelhafter Elemente festgestellt: Russen und Polen, die ohne stichhaltige Gründe nach Berlin zu gelangen suchten. Koffer und Rätsen, mit Waffen gefüllt, wurden gefunden und beschlagnahmt.

waren zu Schiff hierher gekommen, um im Bunde mit hiesigen Genossen uns die Segnungen des Bolschewismus zu bringen. In der Nacht vom 12. zum 13. März, zwischen 12 und 2 Uhr sollte der großangelegte Angriff beginnen. Zunächst wollte man die Wache am Hauptbahnhof niedermachen und den Platz mit Minenwerfern und Maschinengewehren besetzen, um von dort aus das Feuer auf das Generalkommando zu eröffnen. Eingeweihte Straßenarbeiter sollten dann die Schienenstränge aufreißen und so den Verkehr lahmlegen. Das Telegraphenamt sollte von den berüchtigten Gassen an der Hauptpost aus durch Handstreich genommen werden, ähnlich der Freiburger Bahnhof und die Gasanstalt. Auf die Befreiung der gesangenen Verbrecher war natürlich besonderes Gewicht gelegt. Den Sturm auf die Kommandantur und die Reichsbank hatten gesinnungslustige Studenten übernommen. Gegen eine ganze Anzahl führender Persönlichkeiten war ein Vorstoß nach Berliner Muster geplant. Ausdrückliche Parole: „Die Stadt Breslau ist zur Plünderung freigegeben.“

Durch Überrumpelung der spartakistischen Haupträdelsführer war man den Einzelheiten des verbrecherischen Anschlags lückenlos auf die Spur gekommen und hatte in leichter Stunde die wichtigsten öffentlichen Gebäude auf Befehl des Generalkommandos und im Einvernehmen mit sämtlichen zuständigen Behörden mit schlesischen Truppen besetzt. Unabsehbare Unglück von Schlesiens Hauptstadt abgewendet! Über den arbeitsfreien, friedliebenden Menschen liegt wieder heller Sonnenschein!

Mein Weg führt mich am Abend durch das Zentrum. Die Hauptpost ist von einer Postenkette umringt. Es sind

Aufhebung des Standrechts in Berlin.

Berlin, 16. März. Reichsminister Rosse erklärt folgende Bekanntmachung: Die militärischen Maßnahmen in Groß-Berlin sind zum Abschluß gelangt. Die Kämpfe haben aufgehört. Deshalb habe ich den Befehl vom 9. d. M. auf, wonach zu erledigen sei, wer mit Waffen gegen die Regierungstruppen kämpfend angetroffen wird. Dabei gehe ich von der Annahme aus, daß Ordnung und Sicherheit nicht mehr gestört werden.

Heeresbericht.

Bericht des A.-O.-K. Nord: Aus Groß-Dpol, 15 Kilometer südlich von Thorn, angreifende Polen wurden auf den Ort zurückgeworfen. Schadow und Behnen, 10 Kilometer östlich Alt-Aub, wurden von uns nach Kampf genommen. Weitere, nördlich Schauen, Zwerden und Elen sind von uns besetzt. In Schadow, bei dessen Einnahme auch litauische Truppen beteiligt waren, wurde u. a. ein Panzerzug erbeutet. Baltische Landeswehr durchdringt in ununterbrochenem Marsch Schauen, Zabeln, Ost-Standau und hatte erfolgreiche Patrouillengefechte bei Alzen, 10 Kilometer östlich von Windau.

Niederlage der Bolschewisten.

Lubau, 15. März. In Nordlitauen und Kurland haben die Bolschewisten eine empfindliche Niederlage erlitten. Von nördlich Konino bis Windau ist die ganze Front in Bewegung gekommen. Die wichtige Eisenbahn Rossendorf-Radzivilisatj-Schauen befindet sich infolge kraftiger Eingreifens von Panzerzügen in unserem Besitz. Unter andauernden Kampfen stiehen die deutschen Truppen bis Grenzhof und zur Station Behnen an der Bahn Windau-Mitau-Wittau-Mitau vor. In den Kämpfen bei Altan wird zwei Geschütze und sieben Maschinengewehre erbeutet. Nördlich der Bahn geht die Landwehr vor. Litauische Truppen nahmen Frauenburg, während deutsche Verbündete von Goldingen aus über Zabeln und Randau in Richtung Ausflug vordrängen.

Das Wahlergebnis im Freistaat Sachsen-Weiningen.

Weiningen, 15. März. Der neu gewählte Landtag des Freistaates Sachsen-Weiningen wird bestehen aus 11 Mehrheitssozialisten, 1 Unabhängigen, 5 Bauernbündlern, 1 Deutschnationalen und 3 Deutschen Demokraten. Von drei kleineren Ortschaften steht das Wahlergebnis noch aus, doch ist dieses ohne Einfluß auf das Gesamtergebnis.

Die neue deutsch-österreichische Regierung.

Wien, 15. März. Nach Meldungen der Abendblätter ist die deutsch-österreichische Regierung folgendermaßen zusammengesetzt: Staatskanzler: Dr. Ritter (Soz.); Vizekanzler: Jodok Finck; Staatssekretär für Justiz: Sektionschef im Justizministerium v. Bratstädt; Staatssekretär für Finanzen: Schumacher; Staatssekretär für Land- und Forstwirtschaft: Stadel (Christlichos.); Staatssekretär für Handel, Gewerbe und Industrie: Johann Berdik; Unterstaatssekretär für Handel, Gewerbe und Industrie: Dr. Ellenhagen; Staatssekretär für Heereswesen: Dr. Julius Dechant; Unterstaatssekretär für Heereswesen: Waib; Staatssekretär für soziale Verwaltung: Hannusch; Staatssekretär für Sozialisation: Dr. Otto Bauer, der gleichzeitig vorläufig das Portefeuille für Außenpolitik beibehält; Staatssekretär für Volksernährung: Dr. Bömenfeld-Nuß; Staatssekretär für Verkehrsweisen: Dr. Ludwig Paul.

Das Programm der Wiener Regierung.

Wien, 16. März. In der Nationalversammlung entwidmete Staatskanzler Ritter das Programm der Regierung. Die erste Sorge der Regierung werde es sein, das Selbstbestimmungsrecht auch für die Brüder in den besetzten Gebieten vor der ganzen Welt in Anspruch zu nehmen. Die Außenpolitik soll ganz in denselben Geiste, von dem sie bisher geleitet war, fortgeführt werden, im Geiste der Völkerbrüderlichkeit, der die Völkerbündidee Williams zugrunde liegt. Die Regierung wird die Verhandlungen mit dem Deutschen Kaiser, die von der provisorischen

Marschisten der 38er Füsilier, das silberne Eichenlaub am Kragen, das weiße Tuchkreuz am linken Arm, jugendliche Gestalten im Stahlhelm, Revolver und Handgranaten am Kopf. Vor dem Eingang stehen schwere Maschinengewehre; im Hofinnern sind Feldartilleriegeschütze in Bereitschaft. Ring und Rathaus von Sturmtruppen in voller Kampfausrüstung gegen jede Überraschung gesichert. An der Freitreppe ist ein kleiner Minenwerfer aufgestellt. Maschinengewehre drohen von den Fenstern herab. Aufgestellte Strohündel bieten Deckung gegen Feuerangriffe. Auch die übrigen wichtigen Gebäude sind stark geschützt. Der Hauptbahnhof vor allem hat sich in eine Festung verwandelt. Ein Posten summt ein Lied vor sich hin: „In der Heimat, in der Heimat, da gibt's ein Wiedersehen!“ Er denkt wohl an Weib und Kind, die er nun auch noch gegen den feindlichen Feind im Innern verteidigen muss....

Ich gehe in meinen Jungmännerverein. Leuchtende Blicke. Wir schütteln uns mit einem lernigen „Grüß Gott“ die Hand. Rächtens wollen sie Exerzierlinien halten. Ein von ihnen, ein Feldgrauer, sagt mir: „Wir werden uns von den Verbündeten nicht einschüchtern lassen, sollte mir was passieren, Herr Präses, nicht wahr, da heten Sie ein Vater unser.“ Die Augen werden einem feucht. Das sind die Jungen, die nicht rasten wollen, bis aus dem Chaos ein neues, besseres, freies, christliches Vaterland erstanden ist. Brausend steigt's aus den frischen Felsen hinaus über die im Halbschlaf fiebende Großstadt :

„Die junge Garde, das sind wir,
An die der Ruf ergeht,
Der Zukunft Fahne, die weht hier,
Wo Deutschlands Jugend steht.“ R. R.

Regierung eingeleitet wurden, mit vollem Nachdruck vorzuführen und sie so rasch wie möglich zum Abschluß zu bringen suchen. Bezuglich der inneren Politik verwies der Staatskanzler darauf, daß die Regierung nicht als Obriigkeit erscheine, sondern durch den Auftrag der Nationalversammlung selbst berufen wurde.

Kritische Lage in München.

München, 16. März. Der Zentralrat hat die Wiederabfieberung der in den kritischen Tagen der Gegenevakuierung ausgegebenen Waffen seitens der Arbeiterschaft aufzuhören. Von 8000 ausgeschriebenen Waffen sind aber kaum 500 zurückgeliefert worden. Der Rott soll sich ausdrücklich in den Händen der Kommunisten befinden, was die Lage in München weiterhin äußerst kritisch gehalten.

Russische Zustände.

München. Herr v. Arnim auf Schloß Taxiskronth in Oberauken erlöst bei einem Zusammentreffen mit Holzfrevlern einen der selben, der mit einem Peil auf ihn losging. Daraufhin rotteten sich eine Anzahl junger Leute und Männer zusammen, stürmten das Schloß und schleppten den Schlossherrn weg. Unterwegs mishandelten sie den siebzigjährigen Mann. Die Männer traten ihn mit den Fäusten so lange, bis er tot war.

Die bolschewistische Gefahr.

Berlin, 15. März. Über die ausgedehnte Tätigkeit, die das Mitglied der russischen bolschewistischen Regierung Nadek in Deutschland ausübt hat, gibt ein Bericht der „P. B.“ aus Stockholm interessante Mitteilungen. Danach ist es aus Mitteilungen aus Petersburg Nadek gelungen, in Deutschland nicht weniger als 29 bolchevistische Einzelorganisationen zu schaffen. Die Tätigkeit Nadeks in Deutschland hat nicht weniger als 11 Millionen Kubel gekostet.

„Das Banner der Freiheit.“

Ein gewisser Gottfried Schwarz in Darmstadt gibt unter dem Namen: „Das Banner der Freiheit“ Flugblätter gegen die katholische Kirche heraus; eines dieser Machwerke trägt die Überschrift: „Das Gottesgericht über das Papsttum“, darin stehen, die nicht heller sind, als der Biedermann Gottfried Schwarz, die Schanemärkte aufgebunden wird: „Das Papsttum, das sich auf Deutschland und Österreich wie auf zwei Bössen gestützt habe, sei zusammengebrochen.“

Der vermeintliche Zusammenbruch ist um so gewaltiger, als der römische Pontifex, wie Schwarz meint, in der Mitte des Krieges mächtig dagestanden und drauf und dran gewesen ist, seinen kühnen Traum: Herr und Richter der Welt zu werden, erfüllt zu sehen. Wörtlich schreibt der Flugblattfabrikant folgenden Blödsinn: „Im Deutschen Reich war der Papst im Laufe des Krieges Alleinherrchter geworden. Am ersten Tag des Krieges waren die Jesuiten ins Reich eingezogen, und nur wurde das deutsche Volk durch die Zensur, die aus einer militärischen zu einer römisch-katholischen wurde, so gefeuelt, daß gegen Rom kein Wort mehr gesprochen werden konnte. In den Seiten der mittelalterlichen Inquisition war den Völkern der Mund nicht sicher verschlossen als dem deutschen Volk in diesen vier Kriegsjahren. Unsere Regierung vollends, ja unsere Kriegsführung richtete sich ganz nach den Wünschen des Vatikans. Der deutsche Kaiser gehorchte schwiegend jedem Wink des Papstes.“

Da nun, wie Schwarz phantasiert, das Papsttum gestürzt und gerichtet ist, so wäre es das Natürliche, der sogenannte Kulturfämpfer packt „Das Banner der Freiheit“ zusammen und macht irgendwo einen anderen Laden auf für solche, die nicht alle werden. Aber nein! Nach wie vor schnitt er seine Kindervile gegen Papst, Papsttum und Kirche und beweist dadurch auf eine höchst anschauliche und humorvolle Weise, wer in Wirklichkeit der Zusammengebrochene, Gerichtete und — Planmärtige ist. Cunatos.

Aus dem Ausland

Frankreichs unmenschliche Haltung.

Berlin, 15. März. Nach den bestehenden Vereinbarungen ist Frankreich verpflichtet, die Namen der in französische Hand gesunkenen deutschen Heeresangehörigen schleunigst nach Deutschland mitzuteilen. Den Kriegsgefangenen selbst muß Gelegenheit gegeben werden, sofort ihren Angehörigen Nachricht zu geben, wo sie sich befinden und einen regelmäßigen Postverkehr mit ihnen zu führen. Diese Verpflichtungen erfüllt Frankreich nicht. Die seit September gefangenen deutschen Heeresangehörigen ungefähr 100 000 sind überhaupt noch nicht gemeldet. In überaus zahlreichen Höllen haben sie einmal schreiben dürfen, doch sie gefangen wurden, ohne eine nähere Adresse angeben zu können. Dann ist keine Nachricht mehr von ihnen gekommen. Viele konnten anscheinend auch bis jetzt diese einzige Nachricht nicht geben. Die Angehörigen sind dadurch in begreiflicher Angst und außerdem der Möglichkeit beraubt, das elende Los ihrer Lieben durch Zuspruch, Geldsendungen und Liebesgaben wenigstens etwas zu bessern. Möge die öffentliche Meinung der Welt Frankreich endlich dazu zwingen, seine Pflicht gegen die deutschen Kriegsgefangenen zu tun.

Die Lebensmittelfrage.

Amsterdam, 16. März. Einer Neutermeldung zufolge erklärte der aus Paris nach London zurückgekehrte Lebensmittelkontrolleur Roberts, England treffe Vorbereitungen, um 100000 Tonnen Kartoffeln nach Rotterdam zu senden, die unter Aufsicht der Militärbehörde nach Deutschland gebracht werden. Desgleichen werden Zwiebeln und fondierte Milch gesandt.

Stockholm, 15. März. Vaut „Nya Dagligt Allehanda“ erklärt Magnus Svenson, der seit zwei Tagen im Auftrage Goovers in Stockholm weilt, Amerika wolle in Schweden,

sowie in Holland, Dänemark, Norwegen und vielleicht auch in Finnland Lebensmittel für den Bedarf der Mittelmächte liefern. Es ist beabsichtigt, schon jetzt eine Aufstellung vorzunehmen, bevor der amerikanische Schiffstrauß im Frühjahr für andere Zwecke gebraucht werde. Das Ziel sei, auf diese Weise rings um die Mittelmächte Kontrameer zu errichten, mit deren Bedarf zu decken.

Das Schicksal unserer Handelschiffe.

Amsterdam, 15. März. Das Reuterbüro erfaßt weiterhin über die Auslieferung der deutschen Handelsflotte, daß aus verwaltungsmäßigsten Gründen die ausgetilste Tonnage unter die Verbündeten verteilt werden wird. Amerika hat sein Vorrecht an Kreuzdampfern, von denen England wahrscheinlich 34 erhalten wird. Eine verbündete Wirtschaftskommission wird in Hamburg einzutreten. Sie wird die Aufgabe haben, sich mit den Schiffsträgern und den damit zusammenhängenden Fragen zu beschäftigen.

London, 16. März. Das Reuterbüro erfaßt: Die deutschen Schiffe werden in verschiedenen Räten ausgeliefert. Die Schiffe, die für Transportservice gebraucht werden, dürfen keine deutsche Befestigung haben. Die Gesamtsumme der auszuliefernden deutschen Tonnage schlägt man auf 34 Millionen Tonnen, die in neutralen Häfen liegenden Schiffe einschlossen.

Hannover, 17. März. Aus Paris wird gemeldet: Neben die Auslieferung der Schiffe verlangt, daß die Handelsflotte innerhalb 30 Tagen übergeben sein mög. Kein Passagierdampfer, darunter der „Imperator“, werden Amerika übergeben. Die Übernahme dieser Schiffe hat bereits innerhalb dreier Tage zu erfolgen. Diese Schiffe erhalten amerikanische Besafungen. Die Verbündeten haben weiter Deutschland eine Liste von Gewerken unterbreitet, die es nicht ausüben darf, um den Wettbewerb mit den Erzeugnissen der Industrie Frankreichs, Belgien und anderer Länder auszuholzen.

Aufhebung der finanziellen Blockade Deutschlands.

Haag, 14. März. Der Korrespondent der „Associated Press“ erfaßt, daß die finanzielle Blockade, welche die Alliierten gegen Deutschland aufrechterhalten haben und wonach jede Bank oder jeder Bankier im neutralen Ausland auf die schwarze Liste gelegt wurden, welche finanzielle Geschäfte mit Deutschland machen, bei den jetzigen Brüsseler Verhandlungen aufzugeben wird. Dadurch eröffnet sich die Möglichkeit für Deutschland, im neutralen Ausland Gelder zu leihen, besonders in den skandinavischen Ländern. Deutschland wird dort Gelegenheit haben, zu verhältnismäßig günstigen Bedingungen seine Geldbedürfnisse zu befriedigen.

Aus Stadt und Land

Dresden, 17. März 1919.

Die sächsische Antwort.

Der sächsische Ministerpräsident hat, nach der „Dresdner Volkszeitung“, an den Zentralrat des Volksstaates Bayern, München, folgende Antwort geben lassen:

Auf das Telegramm betreffend Sozialisierung teile ich mit, daß hier Regierungsbildung im Gange ist. Konferenz am 16. März ist daher unmöglich. Als bald nach Regierungsbildung geben wir weitere Nachricht. Ministerpräsident Bradnauer.

* Dem Dresden Rennverein ist die behördliche Genehmigung zur Ablösung von acht Renntagen mit Totalisatorbetrieb erteilt worden, für die folgende Termine in Aussicht genommen sind: 21. April, 25. und 29. Mai, 9. Juni, 31. August, 7. September, 26. und 31. Oktober.

* Deutsche Kriegergräber. Im Anschluß an eine kürzlich durch die Presse gegangene Nachricht über deutsche Kriegergräber wird mitgeteilt: Alle Gräberaufnahmen an der ehemaligen Front und in den besetzten Gebieten sind ausgelöst. Anfragen in Gräberangelegenheiten sächsischer Heeresangehöriger sind an das Nachwellebüro des Ministeriums für Militärwesen, Gräberabteilung, Dresden-Neustadt 6, Königstraße 15, zu richten, wo auch Auskunft und Bemittelung von Lageplänen, Plägen und Gräberphotographien kostenlos erfolgen. Zur Vermeidung von Verzögerungen ist in den Besuchen die letzte Feldadresse anzugeben.

* Verordnung über die Buhntagfeier. In Beziehung auf den am 19. März d. J. bevorstehenden Buhntag läßt das Kultusministerium nach, daß im allgemeinen die Bestimmungen des Sonntagsgeches vom 10. September 1870 und der Verordnung über die Beobachtung der geschlossenen Zeiten vom 14. Februar 1911, insoweit darin Besonderheiten für die Begehung der Buhntag vorgeschrieben sind, nicht in Anwendung gebracht werden. Der Buhntag unterliegt aber den Beschränkungen, die auch an den anderen Sonntagen zu beobachten sind. Außerdem verbleibt es dabei, daß Tanzveranstaltungen und sonstige geräuschvolle Vergnügungen mit Ausnahme ernster Konzertaufführungen nicht stattfinden dürfen.

Verhaftung eines wendischen Kuriers.

Bautzen, 15. März. Beim Grenzübergang in Neugersdorf wurde ein Wende verhaftet, welcher eine Anzahl Briefe, darunter solche nach Prag und Paris abrisselt, auch mehrere Briefe ohne Adresse, ferner eine Anzahl Aktsche, darunter eins von der Orlenburg in Bautzen und Verzeichnisse von in feindlicher Kriegsgefangenschaft befindlichen Offizieren und Unteroffizieren des Infanterie-Regiments 103 in Bautzen, von Sachsen über die Grenze nach Böhmen zu schmuggeln versuchte. Es handelt sich um einen griffseldeten Mann, der angibt, Fleischbeschauer zu sein. Zweifellos hat man es mit einem wendischen Agenten zu tun, der im Auftrage des wendischen National-

partei eine Mission der Männer in Böhmen zu erfüllen hatte. Die wendische Nationalität ist verdeckt.

Anleihe des sächsischen Staates.

Dresden, 15. März. Eine besonders günstige Anleihe für alle diejenigen, die zurzeit über Vermögen verfügen, aber bei der Un Sicherheit der Verhältnisse über deren vorteilhafteste Unterbringung im Zweifel sind. Das ist die Anleihe, die der sächsische Staat in diesen Tagen auslegt. Sie ist zu 1 Prozent verzinslich, wird zu einem Mindest von 13½ Prozent abgezogen und ist derzeit amteigert. Die ausgelösten Stücke zum Nominalbetrag, also zu 1½ Prozent, vom Staat entzogen werden. Bei dieser Höhe werden die alljährlich zum Zweck der Tilgung durch den Staatshaushalt bereitzustellenden Staatsmittel in Höhe von mindestens 1,9 Prozent des Gesamtbetrages der Anteile neben den erwarteten Anteilen der bereits abgezogenen 1½ Stücke zur Auslösung eines entsprechenden Teiles der Anleihe verwendet. Da auf diese Weise eine Anleihe von 141 Millionen Mark in 20 Jahren völlig ausgelöst, also getilgt wird, heißt sich die Verzinsung eines dicker Anteile an dem Kapital bei der Auslösung der Anleihe in dieser Höhe und bei dem Auslegungsanteile von 93½ Prozent nicht auf 1 Prozent, sondern auf 13½ Prozent, also höher als auf 1½ Prozent. Dieser Auslauf wird durch den sächsischen Staat bis mindestens 1929 garantiiert; denn solange steht die Anleihe von Seiten des Staates nicht entzogen werden. Nach dem Vorrang der Wehrkriegeranleihen wird die Zahlung eines sozialen Stabilisationszuschusses in Raten nochmal, wie bisherverständlich auch sofortige Volksabstimmung angenommen wird. Von dem Tage, an dem die Zahlung erfolgt, sind 30 Prozent des gerechneten Betrages zu tilgen. Für die übrigen 70 Prozent ist Ablauf bis zum 15. Mai 1929 gegeben; falls man nicht sofortige Zahlung vorzieht. Der Beginn der Verzinsung erfolgt vom Tage der Zahlung ab. Beizubringen nehmen außer verschiedenen außerordentlichen Großzinsen elf sächsischen Banken und Bankiers, sowie vor allem auch sämtliche sächsischen Spezialisten entgegen. Die Stückelung ist auch die sonst bei den sächsischen Anleihen beliebte und bewährte; es werden Anteilshöfe von 100, 200, 500, 1000, 2000 und 5000 Mark auszugeben.

Am übrigen weist die Anleihe zwei Merkmale auf, die vielfach aus den Kreisen des Publikums gewünschten Wünschen entsprechen. Die Zinstermine sind nicht die üblichen Quartalszinsen, sondern der 1. März und 1. September. Dadurch wird nicht nur das durch die bisherige Rabatasweise der Zinsen verursachte Zulastenandrängen aller Auszahlungen an den öffentlichen Stäben am heutigen Quartalszins vermieden, sondern auch den Besitzern der Anleihehilfe in Gestalt der Zinzen der Anleihe ein Zulauf von Geldmitteln zuteil, der ihnen außerhalb der Quartalszinsen sehr willkommen ist. Weiter suchen die Anleihebedingungen auch den Nachteil von den Besitzern der Schuldverschreibungen abzumindern, der ihnen dann erwächst, wenn sie einmal die Auslösung der Schuldverschreibungen übersehen haben sollten. Bisher hörte mit dem Zeitpunkt der Fälligkeit — in der Regel ein halbes Jahr nach erfolgter Auslösung — alle und jede weitere Verzinsung auf. Hatte der Besitzer solcher auslösbarer Schuldverschreibungen die Auslösung übersehen und erhielt von ihr erst nach Jahren Kenntnis, so wurde ihm bei der verpachteten Einlösung der ausgelösten Schuldverschreibungen nur das Kapital ausgezahlt, eine Verzinsung vom Zeitpunkt der eingetretenen Fälligkeit ab aber verlegt. Nach den vorliegenden Anleihebedingungen soll in solchen Fällen ein Hinterlegungszins, dessen Höhe die Staatschuldenverwaltung zu bestimmen hat, gewährt werden.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

Dresden. Kreisbündnis, v. a. R. Mittwoch, Buchtag, werden alle Vorstands- und Vertretungspersonen und alle, die in der Tintenverteilung mitwollen, gebeten, zu einer Versammlung mit hochw. Herrn P. Franke um 2 Uhr ins Gesellenhaus zu kommen. Um 4 Uhr nachm. findet eine Quäscherversammlung ebenda statt; zu dieser werden alle kath. Mittelschüler herzlich eingeladen. Herr P. Franke spricht über die Quäschervereinigung, in Gestalt der Zinzen der Anleihe ein Zulauf von Geldmitteln zuteil, der ihnen außerhalb der Quartalszinsen sehr willkommen ist. Weiter suchen die Anleihebedingungen auch den Nachteil von den Besitzern der Schuldverschreibungen abzumindern, der ihnen dann erwächst, wenn sie einmal die Auslösung der Schuldverschreibungen übersehen haben sollten. Bisher hörte mit dem Zeitpunkt der Fälligkeit — in der Regel ein halbes Jahr nach erfolgter Auslösung — alle und jede weitere Verzinsung auf.

Sachsen. Kath. Frauenbund. Am staatsbürglerlichen Kursus sprach am 14. d. M. Herr Weis, Lehrer der Handelswissenschaften über „Die wirtschaftliche Lage“. Er schilderte, wie die drei Faktoren des Nationalökonomie, Natur, Arbeit und Kapital durch den vierjährigen Krieg aufs äußerste entwertet seien und wie die harten Friedensbedingungen Deutschlands Handel und Gewerbe schwer belastet werden. Über das dämmste Zukunftsbild ließ der Redner am Schlus einen Hoffnungsschimmer fallen, als er erklärte, wie das deutsche Volk seinem inneren Leben nach, auch aus dieser schweren Krise sich durch Sparameits, Fleiß, Ordnung und Selbstverantwortung zu neuem Glück und Gedanken empfangen werde. Die zweite Hälfte des Kursus bringt noch vier Vorträge über „Arbeiterfrage“, „Wesen und Ziele sozialer Bildung“, „Sozialismus und die Frau in der Gemeinde“, bewährte Redner und Rednerinnen werden sprechen. Der Besuch des Kursus ist ein sehr guter, doch sind immer noch einige Plätze frei und können Karten zu 1 Mark für vier Vorträge an den Kursusabenden gekauft werden.

* Leipzig-Gohlis. Am 12. März stand ein Gemeindeabend statt, der recht gut besucht war. Herr Major Pfeiffer Altejei hielt einen Vortrag über „Trennung von Kirche und Schule“ und schilderte unseren sozialen Standpunkt in der wichtigen Frage. Die Anwesenden zeichneten sich in die Bilder ein, die eine Erklärung gegen die Einführung der konfessionellen Schulen und Schulgottesdienstes, besonders die Beliebtheit des kathol. Religionsunterrichts forderten. Herr Roth berichtete über den neuerrichteten Frauenbund; 17 neue Mitglieder wurden geworben. Herr Vorsteher Klauder betonte die Notwendigkeit des Zentrums und unserer „Sächs. Volkszeitung“. 14 neue Abonnenten wurden gewonnen. Herr Major Riedel-Burgen begrüßte die Besucher in Namen der Tochterschule Grimma. Herr Prof. Dr. Strieder sprach das Schlusswort und ermahnte zu weiterer eifriger Betätigung auf allen politischen und sozialen Gebieten. Die Gohliser Täfelchen verschönerte den Abend durch Vortrag mehrerer Gesänge. Nachster Gemeindeabend ist voraussichtlich am St. Georgstag 23. März.

* Bautzen. Kathol. Seminar. Am 10. und 11. d. M. fanden die diesjährigen Aufnahmeverhandlungen statt. Von den 26 Bewerbern durften nach ministerieller Verordnung diesmal nur 20 aufgenommen werden. Es konnten darum nur diejenigen

